

TATSACHEN VOM SOZIALISMUS

Wohnungsbauprogramm zum Wohl des Volkes

(NW) Das alte Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen, wird im sozialistischen deutschen Staat der Arbeiter und Bauern unter Führung der SED verwirklicht. Millionenfach erlebte und vom Volk der DDR unterstützte Politik, die grundlegendes Menschenrecht verwirklichen hilft: dem Wohl des Menschen zu dienen.

- Allein seit dem VIII. Parteitag der SED 1971, erhielten mehr als 9 Millionen Bürger der DDR eine neue Wohnung. Ziele solcher Größenordnung und mit solcher sozialpolitischen Wirkung zu stellen und zu erreichen ist nur im Sozialismus möglich.

- Über 320 Milliarden Mark wurden im Zeitraum 1971-1987 ausgegeben, um Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen zu bauen, die Wohnsubstanz zu modernisieren und zu erhalten sowie den Wohnungsbestand zu bewirtschaften. Das sind 10 Prozent des in dieser Zeit produzierten Nationaleinkommens.

- Für jeden Bürger nacherlebbar ist, daß die Mieten seit mehr als 40 Jahren niedrig und stabil sind. In einem Arbeiter- und Angestelltenhaushalt werden durchschnittlich weniger als 3 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für die Mietzahlung eingesetzt.

- Das Realeinkommen hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt. Um so mehr fällt für den Bürger ins Gewicht, daß aus dem Staatshaushalt zwei Drittel der Kosten für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Wohnungen zugezahlt werden. Von 1971 bis 1988 waren das mehr als 61 Milliarden Mark.

- Für eine neugebaute 3-Raum-Wohnung mit Fernheizung und Warmwasser zahlt beispielsweise eine Berliner Familie 103,25 Mark. Der tatsächliche Aufwand liegt jedoch bei 312,40 Mark. Die Stütungen für Miete, Elektroenergie, Gas und Wasser aus dem Staatshaushalt belaufen sich auf 209,15 Mark monatlich.

- Beträchtlich hat sich das Niveau des Wohnkomforts der Wohnungen in der DDR zum Guten gewandelt. Während 1970 nur 39 Prozent der Wohnungen über ein Bad oder eine Dusche verfügten, sind es heute 78 Prozent. Der Anteil von Wohnungen mit Inntoilette erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 39 auf über 71 Prozent.

- Zu dieser großartigen Bilanz unseres Wohnungsbauprogramms gehören auch die zahlreichen Gemeinschaftseinrichtungen, die errichtet und ausgestattet wurden. Hierfür stehen weit über 52 000 Unterrichtsräume, 420 000 Plätze in Kindergärten, 210000 Plätze in Kinderkrippen, 2415 Schulsporthallen und auch die mehr als 67 300 Plätze in Feierabend- und Pflegeheimen.

- Die sozialpolitischen Wirkungen dieser seit 1971 geschaffenen Kapazitäten gewinnen zusätzlich an Dimension, wenn man weiß, daß sie etwa die Hälfte aller vorhandenen Kindergartenplätze sowie Plätze in Feierabend- und Pflegeheimen ausmachen, bei Schulsporthallen und Kinderkrippenplätzen beträgt dieser Anteil sogar rund 60 Prozent, bei Unterrichtsräumen mehr als 43 Prozent.

- Mit Abschluß des vom VIII. Parteitag der SED ins Leben gerufenen historischen Wohnungsbauprogramms bis 1990 werden mehr als 10,5 Millionen Bürger der DDR über eine rekonstruierte oder modernisierte Wohnung verfügen. Das sind mehr als 60 Prozent der Bevölkerung unserer Republik. Auch nach 1990 werden Baukrane zum Alltag in unserem Land gehören, werden sie zunehmend im innerstädtischen Bereich zu sehen sein.

Leserbriefe

initiative für die Jahre 1987 bis 1990 erarbeitet. Es wurde allen Haushalten übergeben und in vielfältiger Form, wie im Familiengespräch, in Straßenversammlungen und in anderen Begegnungen darüber beraten, wie der eigenständige Beitrag eines jeden aussieht, seine Heimatstadt schöner zu gestalten. Die Ortsleitung hat dazu eine klare politische Orientierung gegeben. Weiterhin wurden gemeinsame Beratungen mit den Parteisekretären der WPO, der Betriebe und Einrichtungen, mit den Massenorganisationen und dem örtli-

chen Rat durchgeführt. Eine wichtige Hilfe und Unterstützung sind dabei die Tage der politischen Massenarbeit unter Führung der Kreisleitung. All das hat wesentlich geholfen, die Planerfüllung, den sozialistischen Wettbewerb und die Bürgerinitiativen als einheitliches Ganzes zu leiten. Damit wurden entscheidende Grundlagen dafür geschaffen, daß jeder Betrieb*, jeder Bürger seinen eigenen Beitrag bestimmen konnte. Ergebnis waren über 2800 Verpflichtungen von Bürgern, Kollektiven, Straßengemeinschaften, Betrieben

und Gewerbetreibenden. Sie beinhalteten von der Instandsetzung von Wohnraum, Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, Gehwegen und Straßen bis zur Übernahme von Pflegeverträgen vielfältige Aktivitäten. Alle 7 Wohnbezirksausschüsse und der Ortsausschuß der Nationalen Front des Ortsteiles Seehausen übergaben Verpflichtungen. 9 Straßengemeinschaften stellten Anträge, den Kampf um die Auszeichnung als „Schöne Straße“, „Schöner Wohnbezirk“ und „Schönes Haus“ aufzunehmen. Alle Betriebe und Einrichtungen,